

## Sommerschule der Sozialen Demokratie für Nachwuchskräfte aus Politik und Gewerkschaften

Gemeinsam mit dem **Ferdinand-Lassalle-Zentrum für soziales Denken** organisierte die **Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)** vom 16. bis 20. August in Zegrze bei Warschau die mittlerweile 5. Sommerschule für junge Gewerkschafter\_innen und progressive Nachwuchspolitikerinnen. Unter dem Titel „Gemeinsam könne wir mehr“ kamen rund dreißig Teilnehmende aus ganz Polen zusammen, um über für die Soziale Demokratie und die gewerkschaftliche Arbeit relevante Themen zu diskutieren und darüber hinaus Schlüsselfähigkeiten für die partei- und gewerkschaftspolitische Arbeit zu erlernen. Zu den Teilnehmenden zählten Aktive der **Föderation junger Sozialdemokraten (Federacja Młodych Socjaldemokratów, FMS)**, der Partei **Razem**, der **Initiative Polen (Inicjatywa Polska)** sowie der **Jugendkommissionen der Gewerkschaft Forum und des Gesamtpolnischen Gewerkschaftsbundes (OPZZ)**.



Am Beginn der Veranstaltung diskutierten die Teilnehmenden gemeinsam mit **Dr. Rafał Bakalarczyk** vom Institut für Sozialpolitik der Universität Warschau über die Frage „Verwirklicht die PiS-Regierung die Idee eines solidarischen Polens?“. In der Diskussion wurden zwar einerseits die sozialpolitischen Reformen der PiS positiv erwähnt, andererseits aber auch auf gesellschaftliche Gruppen hingewiesen, die von sozialen Leistungen ausgeschlossen bleiben. Weiterhin

kritisierten die Teilnehmenden die jüngsten Justizvorhaben, die der Idee eines solidarischen Polens widersprächen.

Der zweite Tag begann mit zwei Diskussionen zu gewerkschafts- und sozialpolitischen Themen. **Dr. Janina Petelczyc** vom Institut für Sozialpolitik der Universität Warschau referierte



zum Thema „Auf welche Weise begünstigen wirtschaftliche und soziale Unsicherheit die Popularität der extremen Rechten? Was können Gewerkschaften und progressive Bewegungen tun?“. Ausgehend von den Ergebnissen einer qualitativen Großstudie zu den Arbeitsbedingungen in Polen unterstrich Petelczyc die Bedeutung von Gewerkschaften und progressiven politischen Kräften bei der Gestaltung guter und fairer Arbeitsbedingungen. So habe eine große Zahl der Befragten angegeben, dass sich ihre berufliche Situation im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert habe. Grund hierfür seien unbezahlte Überstunden, allgemein schlechtere Arbeitsbedingungen und eine geringe berufliche Stabilität.



Gerade hier sieht Petelczyc Gestaltungsmöglichkeiten für progressive Kräfte. Ganz ähnlich argumentierte **Katarzyna Duda** vom Lassalle-Zentrum für soziales Denken in ihrem

Vortrag „Arbeitnehmende mit Müllverträgen als Herausforderung für die Gewerkschaften“. Die als „Müllverträge“ bezeichneten atypischen Beschäftigungsverhältnisse sind bei etwa einem Viertel der Beschäftigten anzutreffen und machen insbesondere Berufseinsteigern zu schaffen. „Müllverträge“ bieten weder Urlaubs- noch Kranken- und Sozialversicherungsanspruch und tragen somit zu der oben beschriebenen Unsicherheit bei.

Zu den weiteren Programmpunkten zählten Workshops zur Erstellung guter Pressemitteilungen, der Erstellung von Infografiken und Memen für die Kommunikation in den Sozialen Medien, zu *best practices* für die Organisation sozialer Kampagnen und der Organisation von Gewerkschaftsmitgliedern. Ein weiterer Höhepunkt der Sommerschule war die Diskussion der Teilnehmenden mit **Robert Biedroń**, Stadtpräsident in Słupsk, zum Thema „Wann engagieren sich Menschen in Bürgerinitiativen?“. Aufgrund seiner Erfahrung als



Kommunalpolitiker sieht Biedroń besonders die lokale Ebene als Aktionsfeld für engagierte Bürger\_innen und Jungpolitiker\_innen. Voraussetzung hierfür sei es jedoch sich über die Bedingungen kommunaler Politik vorab zu informieren. So wollten viele Bürger\_innen in der Politik mitreden, wüssten aber nicht, welche Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen und welche politischen Kräfte im Stadtparlament vertreten sind. „Wenn wir uns aber die nötigen Informationen beschaffen“, so Biedroń, „dann haben wir viele Möglichkeiten, unsere Ideen einzubringen und auf diese Weise Politik zu gestalten.“